

Arbeiterzeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Freitag, den 10. Juni 1921

Preis pro Exemplar 25 Bfg. Durch den Postweg 1,40 Bfg. für die Woche, 8,40 Bfg. für den Monat. Durch die Post 8,10 Bfg. für den Monat. Postfach Nr. 2285. Preis für den Abnehmer 8,40 Bfg. für den Monat. Postfach Nr. 2285. Preis für den Abnehmer 8,40 Bfg. für den Monat. Postfach Nr. 2285. Preis für den Abnehmer 8,40 Bfg. für den Monat.

Ein Protestschrei aus der Breslauer Bastille

Seit Ende März sitzen noch immer ungefähr 15 Genossen im Untersuchungsgefängnis in der Graupenstraße. Das Ausnahmegericht, das zu dem besonderen Zwecke für Breslau errichtet wurde, die Kommunisten abzurteilen, kommt nicht weiter, weil es absolut nichts Belastendes gegen unsere Genossen vorbringen kann. Damit sich dieses furchtbare Gericht nicht allzusehr blamiert, zieht man die Verhandlung hinaus. Man versucht mit den plumpesten Mitteln aus unseren Genossen, die mit den Verurteilten vor Oestern zusammen gewesen sind, irgendwelche Aussagen herauszupressen.

Die Verhandlungen vor dem Ausnahmegericht sollten am 8. Juni stattfinden. Aus Gründen, die nur das hohe Gericht kennt, ist der Termin abermals auf unbestimmte Zeit verschoben.

Das ist eine raffinierte Methode, die gefangenen Kommunisten zu martern, die bisher nur den weißen Wänden Breslaus vorbehalten blieb.

Die Behandlung unserer Genossen im Untersuchungsgefängnis ist geradezu skandalös. Es ist besonders der Gefängnisdirektor, der mit den schäblichsten Mitteln gerade unsere Genossen peinigt. Einer unserer Genossen schickt uns aus dem Gefängnis eine kleine Blütenlese derartiger Schikane, die wir nach Belieben vermehren können.

Die Beschwerde eines politischen Gefangenen gegen die Beschränkung des Besuchs (auf 15 Minuten in vierzehn Tagen) wird von der 5. Strafkammer kostenpflichtig zurückgewiesen, da „nach Lage des Akteninhalts“ keine Veranlassung und wegen der „Einrichtungen der Gerichtskanzlei“ auch keine Möglichkeit vorliege, dem Antrage zu entsprechen. — Nehulich unpaarige Ausflüchte erwartend, hatte unser Genosse der Beschwerdeinstanz am 25. April mitgeteilt, daß merkwürdigerweise Veranlassung und Möglichkeit vorlag, die Aufschreibebücher des alten Rechnungsrats (Zimmer 38) Gelegenheit zur Verdunklung ihrer an der Arbeiterschaft verübten Schandtaten erhielten. Dieser eklatante Beweis für zweierlei Behandlung, diese Ausbeutung von Korruption und Verbrechen, blieb bis heute ohne Folgen und ohne Antwort; vermutlich wurde die Beschwerde unterschlagen!

Die Bewegung im Freien (Freistunde) ist den Gefangenen, die „Komplizen“ im Landgericht haben, untersagt. (Abgesehen davon, daß sich eine solche Maßnahme gegen die Gesundheit der Gefangenen überhaupt nicht rechtfertigen läßt, wäre bei den ca. 500 Gefangenen, die in ca. 20 Abteilungen nacheinander zur Freistunde geführt werden, eine Getrennhaltung der Komplizen mit Leichtigkeit auch beim Spaziergang zu bewerkstelligen.) Auf ausdrücklichen Befehl des Direktors Lange werden alle Kommunisten als „Komplizen“ bezeichnet und dementsprechend behandelt — auch dann, wenn die ihnen zur Last gelegten Dinge nichts mit einander zu tun haben. So wird mir unter diesem Vorwande die Freistunde entzogen, obwohl ich nicht einen einzigen „Komplizen“ besitze; wider besseres Wissen hat Direktor Lange eine schwarze Liste der Kommunisten zur besonderen Ueberwachung anfertigen lassen; alle mündlichen und schriftlichen Beschwerden, auch die Intervention des Gefängnisleiters, blieben wirkungslos.

Rechtsanwalt S. hat Mitte April gemeinsame Haft für Genossen A. und mich beantragt. Bis dieser Antrag vom Untersuchungsrichter zum Direktor (zur Begutachtung) gelangt wird, vergeht ein voller Monat. Eine Antwort ist bis jetzt nicht erfolgt; sie erübrigt sich auch — auf Anordnung des Direktors hat man Gen. B., der bisher in einer mir benachbarten Zelle lag, in den entgegengesetzten Teil des Gefängnisses verlegt. Verdunkelungsgefahr das war die Antwort. Daß Direktor Lange diesen Komplizensimmeln nur bei Kommunisten hat, beweisen die Angaben eines Gefängnisleiters, der erklärt, der Direktor habe ihm zwei Aufschreibebücher, wirklich Komplizen, vorgestellt, die er zusammen in einer Gefängniswerkstatt arbeiten ließ.

Beleuchtung wird generell in den Zellen nicht zugelassen, so daß die Gefangenen gezwungen sind, im Winter um 4 Uhr, im Sommer um 8 Uhr zu Bett zu gehen. Endlose Nächte. Eine Karzer. — Der Antrag eines Kommunisten, ihm das Brennen eigener Kerzen zu gestatten, wird abgelehnt; es sei „kein Grund dazu vorhanden“.

Orgesch geht zum Angriff über!

Arbeiter Schlesiens!

Der neue Baltikumrummel geht los. Die deutschen Insurgenten unter dem Arbeitermörder Höfer haben sich in Bewegung gesetzt. Unbekümmert um alle Konflikte, die aus diesem Vorgehen erwachsen können, freuen sich die deutschen Orgeschtröche auf kommende Tage des Raubens, Plünderns und Mordens. Es kann jeden Tag zu einem Zusammenstoß zwischen deutschen Banden und regulären Truppen der Entente kommen.

Das wäre der Beginn eines neuen Krieges.

Die internationalisierte Kommission hat dem Bandenführer Höfer bereits ein Ultimatum gestellt, von dessen Erfüllung oder Nichterfüllung das Schicksal des ganzen deutschen Volkes abhängen kann.

Oberösterreich ist ein Ku-Bersah.

Der geringste Anlaß kann den aufgespeicherten Explosionsstoff zum Entzünden bringen. Neue Kriegswirren, neues Elend, neue Menschenopfer würden die Folgen sein. Den deutschen Orgeschbanditen ist das alles gleich.

Sie brennen nach Raub- und Plünderung. Sie wollen sich „gesund“ machen.

Und ihr Räubergeneral Höfer hat auch bereits die Antwort gegeben. Er erklärt frank und frech, daß er seinen „Selbstschutz“ nicht zurückrufen werde.

Er wagt auf die Entente,

er wagt auf die deutsche Regierung, er wagt auf das Wohl und Wehe des deutschen Volkes.

Und auch, selbst wenn er wollte, er hat gar nicht mehr die Macht dazu, seine Banditen zurückzurufen, wie er selbst zugibt.

Soweit ist das neue „Baltikum“-Abenteuer bereits wieder gediehen.

Die verblühten Orgeschtröche pfeifen auf alle Disziplin, und selbst der von ihnen gewählte Häuptling gilt ihnen nicht mehr als Autorität.

Für die losgelassenen Orgeschbanditen

gibt es nur noch die Verurteilung ihrer Raub- und Mordlust.

Was aber sagt die deutsche Regierung dazu?

Die Regierung Wirth und Gradnauer ist den Orgeschbanditen gegenüber genau so ohnmächtig wie Moske zur Zeit des Baltikumabenteuers.

Die Regierung wird sich aufs Bitten und Beschwören verlegen, aber ebenso wenig erreichen wie

damals ein Roste. Aber die Regierung der Wirth und Gradnauer kann ja auch gar nichts erreichen, sie sind ja allesamt Komplizen und gleichgesinnte Spießgesellen.

Was werden die Folgen

dieses Ordes Habentuers des General Höfer sein? Neue Verschärfung der Sanktionen, neue Lasten, die dem arbeitenden Volk aufgebürdet werden, neue Hungersnot, neue Verweisung, neues Elend.

Der Räubergeneral Höfer brockt eine Suppe ein, die das werktätige Volk wird auslöffen müssen.

Das deutsche Proletariat kann und darf nicht still und untätig zusehen, wie ihm hier durch unverantwortliche Gesellen sein Grab immer tiefer geschaufelt wird.

Jetzt ist die Stunde gekommen.

Jetzt muss das schlesische Proletariat auf den Plan treten!

Überall müssen die schlesischen Arbeiter in den Gewerkschaften und in den Betrieben die Bewaffnung des Proletariats fordern.

Dem Orgesch-Abenteurer muß ein Ende gemacht werden.

Das Proletariat muß den Kampf aufnehmen. Wenn es noch länger wartet, wird es durch Orgesch nur noch tiefer in den Abgrund gestoßen.

Arbeiter Schlesiens!

Worauf wartet ihr eigentlich noch?

Glaubt ihr noch nicht genügend Geduld gezeigt zu haben? Genügt es euch nicht, wenn Orgesch droht? Wollt ihr erst noch warten, bis sie zuschlägt?

Nein, Arbeiter und Genossen. Die Provokationen der Orgesch haben mit dem Geständnis Höfers ihren Höhepunkt erreicht.

Und wenn der eigene General seine Banden nicht mehr in der Gewalt hat, müssen die Arbeiter wieder für Ordnung und Disziplin sorgen.

Arbeiter, auf zur Tat!

Nahmt Orgesch die Waffen weg!

Reißt Orgesch, ehe grösserer Schaden angerichtet wird!

Geht den Banditen endlich den Denkzettel, den sie schon längst verdient haben!

Entwaffnet Orgesch!

Neben ihm liegt ein Deutschnationaler, ehemaliger Gardeleutnant. Dieser Umstand ist ein Grund, und deshalb brennt in dessen Zelle abends Licht.

Als einzigem Gefangenen ist mir das Lesen der „Schl. Arb.-Ztg.“ und aller kommunistischen Literatur vom Landesgerichtsrat Richeser verboten; auch die Hälfte aller Nummern der „Volkswacht“ werden mir vorenthalten. Die bürgerlichen Zeitungen erhalte ich regelmäßig, jedoch erst, wenn sie zu Makulatur geworden sind, d. h. mitunter eine Woche nach ihrem Erscheinen, während es durchaus möglich wäre, sie nach einem Tage auszuhändigen. Die Schuld liegt an der Gerichtsschreiberei.

Die Zellen und besonders die Betten sind voll von Wanzen. Mehrfache diesbezügliche Anzeigen bei der Direktion blieben erfolglos.

In der „strichgewaschenen“ Bettwäsche fand ich Läuse. Dasselbe teilt mir Genosse S. mit. Genosse B. hat sich in diesem Institut (für das Direktor Lange verantwortlich ist) die Krätze geholt!

Die Messergeräte, die als Eßgeschirre fungieren, sind in ekelregendem, verrostetem Zustand und färben sich und das Essen schwarz.

Die Beispiele für die skandalösen sanitären Zustände, für die engherzige Verkümmern der den Gefangenen durch die Revolution immerhin gebrachten Hafterleichterungen, für die Abwägung des Antrags- und Beschwerde-rechts lassen sich beliebig vermehren.

Unser Genosse Klein, der seit Mitte März vollständig ohne Grund verhaftet ist, sitzt noch heute, ohne daß irgend etwas gegen ihn gefunden werden kann, das dazu ausreicht, ihn zu verurteilen. Aber — Kommunisten sind ja eine besondere Sorte Menschen, und selbst in einem republikanisch-demokratischen Staatswesen — wie die SPD-Rehner kürzlich so schön sagten, ist es erlaubt, gegen sie mit den schärfsten Mitteln vorzugehen

Die Erziehungsarbeit, die der Herr Polizeipräsident durch den Staatsanwalt an den Kommunisten versuchen will, scheint, wie die obigen Beispiele zeigen, vor den niedrigen und brutalsten Mitteln nicht zurück. Nur der Erfolg wird ausbleiben. Unsere Genossen werden, wenn sie den Roten Mauern entronnen sind, mit zehnfachem Eifer an die Arbeit gehen, um dieses System, das Kommunisten vogelfrei erklärt und Kapplute und Organisationsbanditen offen begünstigt, mit Stumpf und Stiel zu beseitigen.

Die Arbeiter dürfen es nicht so ruhig hinnehmen, daß man ihre Genossen und Arbeitsbrüder, ohne daß deren Schuld bewiesen werden kann, monatelang hinter Gittern hält, nur um sie zu quälen und zu martern, nur damit Orgesch Gelfeln in der Hand hat, wenn sie eines Tages loschlägt.

Warum urteilt man unsere Genossen nicht ab? Warum läßt man sie jetzt schon im dritten Monat in der Untersuchungshaft schmachten? Warum verschiebt man den Prozeß gegen die Breslauer Kommunisten immer wieder aufs Neue?

Wollen die gegenwärtigen Machthaber nur ihren sadistischen Machtkrieg betreiben?

Nun, sie sollen das Proletariat nicht allzusehr reizen. Der Unwille der Massen könnte sich eines Tages in einer Tat Luft machen, die eine Rache sein würde für alle die maßlosen Martern und Qualen unserer Genossen durch die Schergen der Orgesch.

Immer und immer wieder muß das Proletariat gegen die weiße Schandjustiz protestieren:

Nieder mit Eberls-Ausnahmegerichten!
Nieder mit der Brutalität weißer Schreckenrichter!
Nieder mit der weißen Schandjustiz!
Geht nun endlich unsere gefangenen Genossen frei!
Öffnet die Tore der schließlichen Bastille!

Die Regelung der Steuern.

In der Vollversammlung des Reichsministeriums am Mittwoch, den 8. Juni, kündigte der Reichskanzler Dr. Brüning vor den Vertretern der Grundbesitzer und des Großhandels das Steuerprogramm der Regierung an.

In erster Linie wird den arbeitenden Massen durch die Zucker- und Ziffersteuern ein wichtiges Nahrungsmittel verteuert werden. Nach der Mitteilung des Reichskanzlers wird die

Zucker- und Ziffersteuern

ausgearbeitet, die ebenfalls Millionen aus der Tasche des arbeitenden Volkes herausziehen soll.

Damit nicht genug, in manchen Augen kommt die

Umsatzsteuer

mit der Ausbesserung. Auf dem Wege über die indirekte Besteuerung wird auch hier das arbeitende Volk geschädigt. Nachdem der Reichstag diese Steuervorlagen beschlossen hat, soll er eine

Rollensteuer

bescheiden, die den Hausstand im kommenden Winter zu einem Luxus in den Arbeiterwohnungen machen wird.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Wollt ihr dem Steuerpompier des kapitalistischen Staates erlauben, wollt ihr nicht untergehen in der Armut und Knechtschaft, denn nicht ihr gegen die herrschende Regierung, sondern der Kampf um die Freiheit und eurer Haut wehren. Bedenkt: zwei Meiler sind auf eurem Rücken und schneien euch mit Reichthümern die Leiden blutig. Wollt ihr die Lasten der Bourgeoisie sein oder freie Männer?

Die Entscheidung liegt bei euch!

Generalstreik gegen Achtstundentag und Erwerbslosenfürsorge.

Sehr Taa verachtet, dass von den Unternehmern in der Aufschreibeweise gegen den Achtstundentag Summe gelassen wird. Die Arbeiter und Arbeiterinnen werden von den Unternehmern aufgegeben, um durch Gutachten den erst nach Abzug des Achtstundentags zu arbeiten zu müssen. Getreu dem Geist des geheimen Rundschreibens der Internationalschleier wird durch die Schlichtung auf die Erwerbslosen, um die Arbeiter zu befreien und nationalitätlich zu unterstützen. Wiederum wird die Erwerbslosenfrage. Die „Sozialistische Zeitung“ meldet: „Gegenüber der Jahres- und Jahreserfassung und des Reichstages des deutschen Reichstages in Eisen in einer großen Versammlung Stadtkanzler Beutler-Charlottenburg über das Reparationsgesetz und die deutsche Leibes. Um die unabweisbaren Forderungen der Arbeiter als unabweisbar zu erfüllen, bedürfte es vor allem einer Steigerung der Produktion der öffentlichen Wirtschaft, der privaten wie der öffentlichen, und hierzu sei eine Erhöhung der Arbeitsleistung unbedingt erforderlich. Der Achtstundentag sei zwar ein moralischer Kulturfortschritt, aber der Kultur stehe das materielle Leben, das eine schematische Beibehaltung des Achtstundentages nicht zulasse. Daneben beürten die öffentlichen Körperlichkeiten und staatlichen und kommunalen Verwaltungen einer durchgreifenden Reorganisation im Sinne einer größeren Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit. Auch die Erwerbslosenfürsorge in ihrer heutigen Form sei außerordentlich reformbedürftig.“

Die Frucht der derzeitigen Ausdehnung durch die fremden und deutschen Kapitalisten in für das deutsche Proletariat verächtliche Ausbeutung, Arbeitslosigkeit, Lohnabbau und Kapitalflucht. „Nur“ der Erwerbslosenunterstützung. Die Arbeiter dürfen keinen Tag vergehen lassen, ohne auf ihre gewerkschaftlichen Organen einen Druck auszuüben, dass diese endlich die Massen zum Abwehrkampf gegen die immer näher rückende Bedrohung aufbieten gemäß ihren eigenen geschworenen Versprechungen.

Für die Arbeitslosen.

Eine von 300 Reichsräten und Funktionären der SPD Reichstagsbeschlüsse betreffend die Verarmung wurde sich an das Gewerkschaftsamt mit folgendem Antrag:

„In der am 31. Mai im Reichstagen“ hat die Reichsversammlung der Arbeiterpartei die Beschlüsse der Reichsversammlung angenommen, mit dem Entschlossen, diese Beschlüsse mit der folgenden Anfrage und Aufträge an dem Reichstag zu unterstützen:

„Es ist das Fortschritt für die Forderungen des Gewerkschaftsbundes einzuwirken und die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen? Es sind für die Forderungen des Gewerkschaftsbundes einzuwirken, sofort die Forderungen der Arbeiter zu unterstützen, und zwar mit einer Beantwortungspflicht von höchstens einer Woche.“

Weiter müssen die Reichsbeschlüsse durch die Ortsgewerkschaften aufgeführt werden, die gleichen Maßnahmen für alle Ortsgewerkschaften im ganzen Reich zu ergreifen und falls die Forderungen von der Regierung und den Unternehmern abgelehnt werden, auf der ersten Linie den Kampf für die Durchsetzung der gewerkschaftlichen Forderungen anzuführen.

In der Erwartung, dass das Ortskartell sich bereit erklärt, im Interesse des mit verächtlicher Not bedrückten Proletariats, auf dem vorerwähnten Wege voranzutreten, erklärt sich Arbeiterpartei bereit, das Kartell mit allen Kräften zu unterstützen.

In der angeführten Resolution nahm die Reichsversammlung Stellung zu den Zusicherungen des Ministerrats der Arbeit und fordert die Arbeiter der Arbeiterpartei auf, mit der SPD, die in der Reichsversammlung die Kampagne zur Durchsetzung der Forderungen des Gewerkschaftsbundes einzutreten.

Die bayerischen Heerenmeister.

Orgelei ist schon entworfen!

Was stehen noch keiner zu denken magte, ist heute nicht. Die kühnen Träume Orgelei und Freischütz sind in Erfüllung gegangen. Bayerns Orgelei ist heute schon entworfen! Die „Bayerische Arbeiterzeitung“ des Herrn Stinnes erzählt unter dem 8. Juni aus München:

Die Entwaffnung der Bayern geht weiter. Die Ablieferung der größeren Waffenlager kann nunmehr als ziemlich vollständig betrachtet werden, es sind auch die Vorbereitungen für die Einweisung der verbleibenden Waffen bereits abgeschlossen. Die Ablieferung der Waffen ist schon im Gange. Die Ablieferung der Waffen ist schon im Gange. Die Ablieferung der Waffen ist schon im Gange.

Wenn verächtlich davon gesprochen wurde, dass 20000 Gewehre von der Einwohnerwehr einzuweihen sind, weil der bayerische Staatsminister des Innern Schwager einmal im Landtage von die er Zahl gesprochen hat, so muß dazu bemerkt werden, daß sich die Angeden Schwagers später als irrthümlich erweisen haben. Die Zahl 20000 war nach einer alten Überlieferung, die die Waffenbesitzer der Einwohnerwehr, der Orgelei und sogar Bekände der Reichswehr ansetzte. Diese Zahlstellung war schon vor der ersten Waffenlieferung gemacht worden. In Wirklichkeit dürfte es sich jetzt noch um ca. 10000 Gewehre in den Händen der Einwohnerwehren handeln. Die Aufforderung der Reichsregierung zur Auslieferung der Einwohnerwehren erwartet man in München erst für die kommende Woche, freilich für Ende dieser Woche.

Es liegt, meine Leser, freilich, wenn wir das, was hier geschrieben steht, über die bayerische „Entwaffnung“ geschrieben steht, ist es doch interessant zu wissen, daß die bayerische Orgelei ihre Entwaffnung nicht nur

Über 2 Jahrtausende Zuchthaus und Gefängnis!

Über 400 kommunistische Arbeiter zu rund 1500 Jahren Zuchthaus — über 500 kommunistische Arbeiter zu rund 800 Jahren Gefängnis — 8 Angeklagte zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe — 4 Angeklagte zum Tode verurteilt! Genosse Brandler zu 5 Jahren Festungshaft verurteilt!

Damit, daß die Regierung und ihre Staatsanwaltschaft bei der Verurteilung des Vorliegenden der Zentrale der KPD, des Genossen Heinrich Brandler, zur Festungshaft ihm durchaus ehrenhafte Motive bei seiner Handlungsweise in den Märskämpfen zugestanden hat, hat die deutsche Justiz offen zugegeben, daß sie sich dessen bewußt ist, daß ihre Handlungsweise bei der Verurteilung der über 400 Kommunisten zu rund 1500 Jahren Zuchthaus und über 500 Angeklagten zu rund 800 Jahren Gefängnis, bei der Verurteilung der 8 Angeklagten zu lebenslänglichem Zuchthaus und der 4 Angeklagten zum Tode ein

vollkommenes bewußtes Verbrechen ist.

Die Mäßigkeit zu diesen grausamen Urteilen war erst mit der Überkennung der ehrenhaften Motive für die Handlungsweise der Angeklagten gegeben.

Wenn die Staatsanwaltschaft es nicht wagte, auch für den Genossen Brandler Zuchthausstrafe zu beantragen, so tat sie das nur, weil sie sah, daß die Augen der ganzen Arbeiterchaft auf einen revolutionären Führer des deutschen Proletariates, der weit über den Rahmen der kommunistischen Partei das Vertrauen der deutschen Arbeiter besaß, gerichtet waren. So tat sie das nur, weil sie zu feige war, um das Verbrechen, daß sie bei den rund tausend anderen Verurteilten, revolutionären Kämpfern, verübt hat, hier nochmals zu verüben.

Wie sehr uns das Schicksal unseres Genossen Brandler am Herzen liegt, nicht um ein Jota weniger liegt uns das Schicksal jedes einzelnen der tausend Kämpfer am Herzen. Ebenjowenig wie die Motive des Genossen Brandler waren die der anderen unehrenhafter Natur.

Aus einem Geist heraus handelten sie.

Damit, daß die Staatsanwaltschaft dies hier offen zugestanden hat, fügt sie zur fürchterlichen körperlichen Qual der Verurteilten noch offenen Hohn. Und wir versprechen es den Regierenden, nicht ungerächt sollen sie höhnen. Wir versprechen ihnen noch untern besonderen Dank abzustatten für ihre bodenlose Feigheit, daß sie bei tausend Arbeitern auf Zuchthaus und Ehrverlust zu urteilen wagten, und hier bei dem Mann, auf den die Augen der Arbeiter gerichtet waren, nicht mehr den traurigen Mut dazu aufbrachten.

Für dieses besondere Urteil sprechen wir den Regierenden jedes ehrenhafte Motiv ab.

Mit die'm Urteil machte die weiße Staatsanwaltschaft es jedem einzelnen Arbeiter klar, daß alle ihre Urteile durch und durch erlöser Natur sind. Wo diese schandbühnischen Henkersknechte der bestehenden Klasse meinen, es ungestraft tun zu können, wo sie in einem vor den Augen der Arbeiterchaft versperrten Zimmer „ihre Rechte sprechen“ können, dort peitschen sie den revolutionären, aufopfernden Arbeiter, kreuzigen ihn und speien ihm noch ins Gesicht.

Hier wagten sie es nicht!

Aber wir sagen ihr: der Schimpf, den sie den über 1000 Arbeitern angetan hat, er brennt uns und er brennt die ganze Arbeiterchaft, wenn sie auch noch durch schurkisch verräterische oder durch feige Führer oder durch Führer, die es nicht einsehen können, gehemmt, zur Antwort auf diese Hohnjustiz sich nicht aufraffen kann. Das, was die Justiz dem letzten revolutionären Arbeiter getan hat, daß sie ihn für eine Rede, für eine Aufforderung zum Generalstreik auf 6 oder auf 8 oder auf 10 Jahre ins Zuchthaus geschickt hat, ihm die Ehre absperrt und ihn im Zuchthaus unausdenkbaren körperlichen und moralischen Qualen aussetzt, oder was sie den Arbeitern antat, die requirierten, und das nicht für sich und nicht aus ehrlosen Motiven, sondern für die Verpflegung ihrer Kampftruppe, oder was sie dem letzten bewußt sich aufopfernden, wenn auch politisch unklaren Arbeiter antat, indem sie ihn für ein Attentat verurteilt und ihm nicht zuspricht, daß seine Motive

ebenso, wie die des Genossen Brandler durchaus ehrenhafter Natur waren,

für diesen feigen Schimpf versprechen wir den Herrschenden noch Rache zu nehmen. Eines sagen wir ihnen: nie werden wir jähig sein, so durch und durch schandbühnhaft erlos und feig Rache zu nehmen; aber Rache werden wir nehmen für die beleidigte revolutionäre Arbeiterchaft. Der Unausrottbarkeit dieses Unmaßes schändlicher Gesinnung und schändlichen verderbendrohenden Willens in die'n Buben uns bewußt, werden wir nicht eher ruhen, als bis dieses schändliche Gezucht, das hier über uns, die Träger der Revolution, die Träger der Zukunft der Menschheit, zu Gericht zu sitzen wagte, ausgerottet ist mit Stumpf und Stiel; bis nur noch Ekel und Verachtung vor ihnen und ihren Helfern in dem Gedächtnis der bereiten Menschheit lebt!

So wenig, als die Märtyrer des Glaubens an irgendeinen Gott ihre Peinigungen als ihre Schmach fühlten, sondern ihnen das Herz brannte über die Schmach ihrer Peiniger und über den Schimpf, der der beleidigten Menschheit angetan ward, so wenig fühlen wir Kommunisten und wir revolutionären Arbeiter alle es als unsere Schmach, sondern nur als eure Schmach, die es tun, und als

die Schmach derer, die es schweigend zulassen.

Aber glaubten jene Märtyrer des Glaubens, durch frommes Peten die'r Schmach ein Ende machen zu können, und oingen so, beipieken, doch lachend in den Feuertod, so wissen wir es, nur durch den unerbittlichen Kampf kann diese Qual ein Ende nehmen. Heute noch mit Hunderttausende, unfähig, unsere Brüder zu befreien, werden wir morgen Millionen sein, bereit, in den Feuertod dafür zu gehen, daß dieser Schande ein Ende gemacht wird, dadurch, daß wir euer Enem und seine Stützen mit Stumpf und Stiel austrotten!

Arbeiter des ADGB., der SPD. und USB. und Ihr Arbeiter alle! Duldet die Schmach nicht länger!

Es ist nicht Euer Wille, daß Schimpf und Qual auf die kommunistischen Arbeiter gewälzt wird. Die Herrschenden tun uns Kommunisten heute an, was sie Euch morgen tun werden, wenn sie sehen, wie ihr euch zu wehren nicht willig seid.

In dieser Regierung sitzen eure Verräter, Arbeiter der SPD. und des ADGB.! Zwingt sie, die Freilassung aller politischen Gefangenen, die Aufhebung aller Sondergerichte durchzusetzen!

Diese Regierung führen eure Führer, Arbeiter der USPD.! Zwingt sie, die Regierung zu belämpfen und die Freilassung aller politischen Gefangenen, die Aufhebung aller Sondergerichte durchzusetzen!

Alle'r Druck ist wie ein Spieß zu Ende, wenn wir uns zum gemeinsamen Kampfe aufraffen. Weg mit jedem, der dieser Vereinigung zum Kampfe entgegentritt!

Ruh't nicht, bis die Blutgerichte beseitigt sind! Ruh't nicht, bis die Gefangenen befreit sind!

eine Propaganda an die Arbeiterchaft. Es bleibt dabei, was wir Kommunisten immer sagen, und was auch links Unschlüssige jetzt offen aussprechen: nur das Proletariat kann Bayerns Orgelei entwaffnen.

Wirths falscher Zungen'schlag.

In Wirths Rede über die bayerische Entwaffnung geriet der Vertreter des „Wirts“ heute das „W. I. B.“ einer Verurteilung des Reichstages, da durch einen „Uebereinstimmung“ der Eins eine Stelle etwas verändert worden sei. Die Verurteilung lautet:

Der Reichstagsrat hat die bestimmte Erwartung ausgesprochen, daß die Entwaffnung der Einwohnerwehr in Bayern keineswegs durchgeführt wird und daß die Gewehre zum allergrößten Teil noch im Juni abgeliefert werden. Er hat dabei nicht gesagt, daß es unzulässig sei, die bayerischen Bayern daran zu hindern, ihre Flinten zu behalten, sondern nur einen Tadel darüber ausgesprochen, daß es nicht leicht löcher sein werde, auch das letzte Gewehr anzulassen.

Die Verurteilung bedeutet nichts weiter als eine „diplomatische“ Fassung desselben Gedankens. Sider Wirth nach außen den Cognac speit, legt er den bayrischen Orgelblenden zugleich die Axt an für ihre Feindschaft gegen die Entwaffnung in den Mund. Man braucht wahrhaftig kein Anhänger der Ständischen Bewegung zu sein, um festzustellen, daß der falsche Zungen'schlag Wirths keine wahre Meinung aus den unterbewußten Tiefen seines orgeldy freudlichen Herzens ans Tageslicht gesauert hat.

Die bayerische SPD. fordert „Zusammenarbeit von Wirth und Kahr“.

(M.) München, 6. Juni. Eine von Delegierten aus 70 bayerischen Orten beschickte Delegationskonferenz der sozialdemokratischen Partei nahm einstimmig eine Entschließung dahin an, daß die Regierung Kahr durch ihre Haltung in der Einwohnerwehrrage der Einsetzung den Vorwand zur Anwendung von Gewaltmaßnahmen gebietet habe und daß die Konferenz ein aufrichtiges und vorurtheilloses Zusammenarbeiten der bayerischen mit der Reichsregierung fordert.

Wenn die bayerischen Sozialdemokraten ihre Schilde in Zusammenarbeiten von Ruhr und Wirth verlassen lassen, so werden sie nur ihren Stumpfsinn und ihren Verfall aufs neue Wirth und Ruhr arbeiten bereits „zusammen“. Die Dratsch „entwaffnet“ sich beinahe selbst. Der Wunsch der bayerischen SPD, Gröhen III mit erfüllt.

Die Arbeiter sollen die Sanktionen zu spüren bekommen.

Das Rezept der Unternehmerverbände, man solle zunächst einmal die Arbeiter die Wirkung der Sanktionen am eigenen Leibe ordentlich spüren lassen, gelangt in stets wachsendem Umfang zur Anwendung. Die „Deutsche All gemeine Zeitung“ meldet unter der Überschrift „Arbeitslosigkeit infolge der Zollmaßnahmen“:

Essen, 8. Juni. Die Arbeitslosigkeit im Industriebereich steigt infolge der durch die Zollmaßnahmen entstandenen Absatzschwierigkeiten immer weiter an sich. In Duisburg sind drei größere Werke zur Einführung von Betriebsbeschränkungen und Feiertagen gezwungen worden. In Duisburg, Ruhrort und in Sterkrade steht man sich auf verschiedenen Stufen zu ähnlichen Maßnahmen gezwungen.

Nach weiteren Berichten hat auch die Hütte Phönix in Düsseldorf einen Teil ihrer Leute entlassen und Betriebsbeschränkungen vornehmen müssen. Das Direktorium der Kruppwerke hat über ähnliche Maßnahmen gestern Verhandlungen gepflogen.

Die Kapitalisten können die Unterbrechung der Produktion recht gut verkraften. Sie machen sich für sie auf bezahlt. Die Massenauflösung sollen die Arbeiter zum ansehnlichen Lohnabbau und zur Abschaffung des Achtstundentages gezwungen werden, während die Kapitalisten zugleich die Schuld für die Betriebsstilllegung auf die Entente schieben. So wollen die Unternehmer zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Die Arbeiter müssen das teuflische Räuberstück durchschauen und von ihren gewerkschaftlichen Organisationen verlangen, daß sofort der Kampf gegen die Verklammerung und gleichzeitige nationalistische Ausplünderung des Proletariats aufgenommen wird.

Zum Kampf im Baugewerbe auf dem Leuna-Werk.

„Kein ausgesperrter Arbeiter darf ohne Lohnhöhung wieder in Arbeit treten!“

Unter dieser Parole fand am Sonnabend, den 4. Juni, in Merseburg, Restaurant „Finkenburger“, eine starkbesuchte Versammlung aller Aussperrten statt. Kollege Müller vom Bauarbeiterverband erstattete Bericht über die Verhandlungen beim Bezirkslohnamt in Halle vom 2. Juni, und anschließend daran über den Verlauf der Aussperrung vor dem Reichsarbeitsminister in Berlin vom 3. Juni. In diesen Verhandlungen trat offensichtlich zutage, daß die Bauunternehmer die so oft zitierten Streiks in Dessau, Calbe und Wittenberge nur als Vorwand benutzten, um die schon lang gehegten Pläne einer beträchtlichen Lohnherabsetzung und eventuellen Verlängerung der Arbeitszeit durchzuführen. Mit einem Terror schlimmer Art mußten die „Allgewaltigen“ der Bauunternehmer mit Herrn Pfeifer als Vorsitzenden an der Spitze die Aussperrung der Bauarbeiter durchdrücken. Vor dem Bezirkslohnamt wurde festgestellt, daß eine ganze Anzahl Bauunternehmer im Bezirk nicht ausgesperrt wurden, aber doch durch die bekannten 10 Punkte dazu gezwungen wurden. Die Aussperrung hat sich deshalb nicht erweitert, wie der „Merseburger Korrespondent“ aus einer zuverlässigen Quelle wissen wollte, sondern ist schon heute als ein Schlag ins Wasser zu bezeichnen. Eine Anzahl Baufirmen vom Leunawerk hat den ausgesperrten nach Raumburg, Weißenfels und anderen Orten Briefe geschickt, in denen sie die Arbeiter zur Aufnahme der Arbeit zu bewegen suchten, aber ohne jede Bedingung und ohne eine Lohn-erhöhung. Dies wurde einwandfrei in der Versammlung festgestellt, es mutet aber außerordentlich raffiniert an, daß die in Merseburg wohnenden Aussperrten keine solchen Briefe erhielten. Von diesen Seiten der Versammlung wurde verlangt, daß ohne Bezahlung der ausgesperrten Zeit die Arbeit nicht aufgenommen werden dürfe. Auch kann von Eintritt Einzelner in die Arbeit nicht die Rede sein, da man die Bauarbeiterchaft im Leunawerk in Massen ausgesperrt, darf die Aufnahme der Arbeit nur geschlossen erfolgen. Da die Verhandlungen in Halle sowohl in Berlin keinen Erfolg für die Arbeiterchaft brachten, soll am Dienstag in Halle weiter verhandelt werden. Nach Verkündung des Resultats sollen dann von der Arbeiterchaft sofort weitere Beschlüsse gefaßt

werden. Sollten trotzdem vorher Arbeiter in die ausgesperrten Betriebe gehen, so betrachtet die Arbeiterchaft dies als einen Streik- und Disziplinbruch gegen die Beschlüsse der Organisation. Ebenso verwerflich ist das Ueberstundenarbeiten aus „Proffkaler“, und es ist gleichzustellen mit begangenem Arbeiterverrat an den Taschen entlassenen Mitarbeitern des Betriebes. Diese werden hinarig und verweist auf den Straken herum, weil sie brutal aufs Pfaster geworfen wurden wegen ihres Eintretens für die Interessen der Leute, die nun aus Dank dafür Tag und Nacht für die Unternehmer kämpfen. Mit großer Entrüstung kam zum Ausdruck, mit aller Macht dafür einzutreten, die sogenannten „Grundsätze“ bei den bauenden Firmen des Leunawerkes aus dem Weg zu schaffen. Bei Wiederaufnahme der Arbeit haben für die Maurer, Zimmerer und Hilfsarbeiter diese „Grundsätze“ keine Gültigkeit. Es ist und bleibt Vertragsbruch, wenn zwischen den abgeschlossenen Samstagsvertrag und Orts- und Arbeitsvertrag Arbeitsbedingungen geschoben werden, die nicht mit den zuständigen Organisationen gemeinlich vereinbart sind. Kein organisiertes Arbeiter hat das Recht, Bedingungen anzuerkennen, oder gar zu unterschreiben, die gegen die Tarife verstoßen. Wer es dennoch tut, begeht eine ehrlose Handlung.

Folgende Resolutionen wurden einstimmig angenommen:

„Die am 4. Juni in der Finkenburger Lande Bauarbeiter-Versammlung nimmt den Bericht von den Verhandlungen von Halle und Berlin über die Aussperrung entgegen, erhebt den schärfsten Protest gegen die Maßnahmen der Unternehmer und beschließt, wenn bis Dienstag, den 7. Juni, eine Einigung nicht erzielt ist, gleichen Dienstag, nachmittags 3 Uhr, in der Finkenburger eine Bauarbeiter-Versammlung abzuhalten, welche dann über die weiteren schärferen Kampfmaßnahmen zu beschließen hat.“

„Die am 4. Juni tagende Versammlung der Aussperrten stehe einmütig auf dem Standpunkt, daß die Arbeit bei Aufhebung der Aussperrung nur dann aufgenommen wird, wenn eine Bezahlung des ausfallenden Lohnes oder eine anderweitige Entschädigung gewährt wird.“

An die deutschen Delegierten des Moskauer Gewerkschaftskongresses.

Da in den einzelnen Parteizentralen über die Aufnahme der Delegierten zum Moskauer Gewerkschaftskongress, Arbeiterheiten bestehen, und wir täglich Anfragen erhalten, teilen wir mit, daß nur Mandate von der Reichsgewerkschaftszentrale erhalten

1. Die Delegierten, die auf den Reichskonferenzen, die von der Reichsgewerkschaftszentrale einberufen waren, gewählt worden sind.
2. Die Delegierten, die von den Verwaltungsstellen der Verbände oder den Gewerkschaftskartellen (also nicht von den kommunikativen Fraktionen) gewählt worden sind.
3. Die Delegierten aus den Bezirken, die aus besonderen Umständen und mit ausdrücklicher Zustimmung der R.G.Z. gewählt worden sind.
4. In Zweifelsfällen über die Rechtmäßigkeit der Delegationen ist vor unter Vorlage der Gründe schriftlich die Entscheidung von der R.G.Z. einzuholen.

Alle Delegierten, bei denen das Mandat nach obiger Aufzählung feststeht und wenn sie nicht durch Parteiarbeit verhindert sind, müssen sofort abreisen und sich melden bei der Reichsgewerkschaftszentrale, Berlin C, Rosenthaler Straße 38. Die Delegierten müssen sich vorher bei der Polizeibehörde ihres Wohnortes einen Paß besorgen.

Ferner müssen sie sich in ausreichender Weise mit Wäsche und für die Reise notwendige Gegenstände versehen.

Reichsgewerkschaftszentrale der SPD, Berlin C, Rosenthaler Str. 38.

Musland.

Unternehmeroffensive und Abwehrkämpfe der Arbeiter.

Der Naphtastreik in Galizien ist mit einer Niederlage der Streikenden beendet worden. Man hat zwar den Arbeitern einige ökonomische Forderungen bewilligt, mit ihrer Forderung aber des Mitbestimmungsrechtes bei der Aufnahme von Arbeitern konnten sie nicht durchdringen.

Ganz schultige Mittel benützen die Industriellen Ungarns. Obwohl die chemischen Fabriken große Bestellungen haben, sabotieren die Arbeitgeber, entlassen 75 Proz. der Arbeiter mit der Mitteilung, daß sie sich in zwei Wochen wieder zur Arbeit melden

können. Nach Verlauf von zwei Wochen bieten sie dann den verdrängten reduzierte Löhne an. Die Arbeitervereinsammlungen protestieren gegen die Sabotagepläne der Industriellen, sowie gegen die Verletzung der Gewerkschaften und der Arbeiterchaft.

Der Klassenkampf der italienischen Staatsangehörigen dehnt sich immer mehr aus. Während die Regierung die Staatsangehörigen durch Drohungen terrorisieren will, wird der Widerstand der Streikenden immer fester und stärker. Die Obstruktion wird immer intensiver ausgeführt, alle Redner beginnen und beenden ihre Ausführungen mit den Worten: Widerstand bis zum äußersten! Das Aktionskomitee weist in einem Manifest die Drohungen der Regierung mit Entrüstung zurück.

Nach neueren Nachrichten ist der gesamte Telegraphenverkehr in Italien lahmgelegt.

In Dänemark ist der Landarbeiterstreik mit dem Siege der Streikenden beendet worden.

In den Vereinigten Staaten, wo im April die Arbeitslosigkeit weiter — wenn auch langsam — zugenommen hat, hatten die Arbeiter der Konfektionsindustrie, die seit fast einem halben Jahr streiken, einen Erfolg. Einige der größten Firmen sind aus dem Bunde der Fabrikanten ausgetreten und haben Verhandlungen begonnen.

Der große Kampf des norwegischen Proletariats

Die norwegische Arbeiterklasse steht in erdrückender Mehrheit auf dem Boden der Dritten Internationale, und auch die norwegischen Gewerkschaften haben es verstanden, die reformistischen und menschenwürdigen Einflüsse zu überwinden und den Weg des Klassenkampfes einzuschlagen. Die Folge davon ist daß die Unternehmerlabotage, die in so vielen Ländern Europas ein gefahrloses von Menschewitzern erzeugtes und nur schwächlich sich wehrendes Proletariat findet, in Norwegen mit einem traubollen Gegenstoß des Proletariats beantwortet wurde. Bei Angriff der norwegischen Kapitalisten auf die Seeleute, den wichtigsten Teil des Proletariats in diesem Schiffslands, führte zum Generalstreik. Wie uns aus Christiania berichtet wird nehmen sämtliche norwegischen Gewerkschaften an dem Kampf teil. Die Regierung macht mobil, kann aber damit das norwegische Proletariat nicht einschüchtern; im Gegenteil: an den verschiedensten Stellen des Landes haben sich bereits Arbeiterwehren gebildet und wie „Sozialdemokraten“ betont, wird die Arbeiterchaft in ihrem Kampf stets die besten Maßnahmen treffen, welche die Situation erfordert. Die norwegischen Arbeiter fühlen sich so stark, daß sie sich auf die bloße Uhr der des Unternehmers reich nicht beschränken, sondern daß sie darüber hinaus politische Forderungen aufstellen. Arbeiterkontrollen in den Betrieben und durchgreifende Maßnahmen zugunsten der Arbeitlosen, das sind die Forderungen, wie sie die norwegische Arbeiterklasse beim augenblicklichen Stand der Bewegung für durchführbar hält.

So kämpft das Proletariat in einem Lande, dessen Gewerkschaften ihre reaktionäre Aufgabe erkannt haben. In anderen Ländern ist es anders. Das norwegische Unternehmertum verachtet sich selbst verständlich mit Hilfe ausländischer Streikbrecher die Arbeiterschaft abzurufen. Es sind schon Verreibungen im Gange, deutsche Seeleute zu diesem schändlichen Zweck heranzuziehen. Ein deutscher Streikbrecher darf sich aber zu dieser Judasarbeit einsagen lassen! Die norwegische Aktion muß ein Schulbeispiel dafür werden, wie die Arbeiterklasse eines Landes die Unternehmeroffensive zurückschlägt. Das Interesse des europäischen Gesamtproletariats erfordert es, daß unsere norwegischen Genossen wissen, warum müssen die deutschen Arbeiter der Forderung eingedenk sein: Unbedingte Solidarität mit dem kämpfenden norwegischen Proletariat!

Keine deutsche Streikbrecherchaft! Keine norwegischen Kapitalisten!

Der englische Bergarbeiterstreik vor dem Abbruch?

Nach einer Neutermeldung geben die englischen Bergarbeiterführer folgende Erklärung ab:

„Die Bergwerkseigentümer haben beträchtliche Zugeständnisse gemacht, und ihre letzten Vorschläge stellen einen großen Fortschritt gegenüber allem dar, was bisher angeboten worden ist. Die gesamte Lage hat dadurch ein vollkommen anderes Gesicht erhalten, da die Bergleute nun in der Lage sind, die Arbeit wieder aufzunehmen, ohne zu befürchten, daß die Löhne unter das zum Leben nötige Niveau gesenkt werden. Der Volkswirtschaft hat daher Vorbereitungen getroffen, um seinen Einfluß in der Richtung einer Verständigung einzusetzen.“

Diese Mitteilung ist in der verlockenden Form vollkommen unklar. Solange die Zugeständnisse der englischen Bergarbeiter nicht bekannt gegeben sind, kann man nicht sagen, ob ein neuer Versuch der Bergarbeiterführer dreht. Haben die Bergarbeiter den Prinzip der nationalen Einheitsfront und der Mitbestimmung der Arbeiter bei der Festsetzung der Löhne angenommen? Oder sollen die englischen Bergarbeiter, nach zehnmonatiger heldenhafter Kampf mit einem vorläufig nicht allzu tief einschneidenden Lohnabbau abgesetzt werden? Wird also der hartnäckige Kampf mit einer Niederlage oder mit einem Siege der Bergarbeiter enden? Das ist die bange Frage, nicht nur für die englischen Bergarbeiter, sondern für das gesamte englische Proletariat.

Kalajew.

Vorbemerkung:

Der 3. Band der Erinnerungen von Paleologue (veröffentlicht in der französischen Zeitschrift „Revue des deux Mondes“) enthält eine dramatische Darstellung der Umstände, die den Tod des russischen Sozialist-Revolutionärs Kalajew im Jahre 1905 begleiteten. Kalajew hatte damals das Bombenattentat auf den Großfürsten Sergeus verübt.

Der Tod Kalajews zeigt eine solche tragische Größe und Schönheit, daß alle Revolutionäre ihn kennen mußten. Obwohl wir nicht Anhänger solcher individueller Akte sind, wie sie das Attentat Kalajews darstellt, da immer wieder dem einen davon Betroffenen zahllose andere folgen und der dadurch gewöhnlich eintretende Verlust der Fähigkeiten und außerordentlichsten Revolutionäre unerfährlich ist, müssen wir trotzdem die Selbstverleugung und Seelenstärke solcher Kämpfer anerkennen und bewundern. Wenn auch unsere Bürger, denen ihre heilige Ordnung über alles geht, sie mit Abheben als Verbrecher betrachten, wir wissen, wie nur die unendliche Reihe frauenvoller Verdienste und Einrichtungen der zaristischen Reichshaber sie hervorbringen konnten. Wir wissen, daß aus solchem Geist der Aufopferung, der ersonnensten Hingabe und Grandhaftigkeit, angefaßt eines sicheren Todes auch jener Geist der wackeren Hingabe erwächst, der die Träger der sozialen Revolution befehlen muß und unsere russischen Genossen befehle.

Sie folgt die Darstellung Paleologus: Am 17. Februar 1905, 2 Uhr nachmittags, warf der Terrorist Kalajew auf den Großfürsten Sergeus, der gerade im Wagen den Kremel verließ, eine Bombe. Sie traf den Großfürsten auf die Brust und riß ihn in Stücke.

Die Großfürstin Elisabeth befand sich zur gleichen Zeit im Kremel. Sie organisierte eine Liebesopferleistung des roten Kreuzes für die mundstille Armee. Auf den revolutionären Lärm der Explosion hin eilte sie, wie sie war, ohne Mantel und Hut auf die Straße des Attentats und warf sich über den Körper ihres Gatten, dessen Haupt und Arme Isverissen unter den Trümmern des Wagens lagen. Zurückgekehrt in das großfürstliche Palais, verbarnte sie fünf Tage vor der Beisetzung in unbrüchigem Gebet.

Diese lange Andacht gab ihr den Gedanken zu einem einzigartigen Schritt. Am Morgen des Befreiungstages veranlaßte sie nach dem Polizeipräsidenten und befahl ihm, sie unverzüglich in das Gefängnis Troganka, wo Kalajew seine Bestrafung vor dem Kriegsgericht erwartete, zu befehlen.

Nach dem Eintritt in die Zelle fragte sie Kalajew: „Warum haben Sie Ihr Gewissen mit einem so schrecklichen Verbrechen belastet? ... Der Gejangene, der sie zuerst mit einem verächtlichen und wilden Blick betrachtet hatte, fühlte aus dem milden Tonfall ihrer Worte, daß sie nicht als Großfürstin, sondern als Gattin, als Mensch komme. „Ich habe Sergius Alexandrowitsch getötet,“ antwortete er, „weil er ein Werkzeug der Furchung und Ausbreitung der Arbeiter war. Ich habe Recht geübt für das revolutionäre Volk. Sie verfehle in der gleichen milden Art wie vorher: „Sie täuschen sich. Mein Gatte liebte das Volk und wollte nur sein Bestes. Ihr Verbrechen ist nicht zu entschuldigen. Gehe Sie also Ihren Schmutz auf und bereuen Sie! Wenn Sie Ihre Tat bereuen, werde ich beim Kaiser bitten, Sie am Leben zu lassen und ich werde Gott bitten, Ihnen ebenso zu verzeihen, wie ich Ihnen schon verzeihen habe.“

Ebenso gerührt wie überrascht von dieser Sprache hatte er die Kraft zu sagen: „Nein, ich bereue nicht. Ich will für meine Sache sterben und ich werde sterben.“

Dann, nachdem Sie jeden Weg ablehnen, der Ihnen das Leben retten könnte, nachdem Sie sicher bald vor dem Angesichte Gottes erscheinen werden, beschwöre ich Sie, retten Sie Ihre Seele... Hier die heiligen Evangelien! Versprechen Sie mir, sie bis zur Stunde Ihres Todes zu lesen!“

Er machte eine ohnvermutende Bewegung und antwortete dann: „Ich werde die Evangelien lesen, wenn Sie mir erlauben hier mein Tagebuch zu lesen. Dann werden Sie begreifen warum ich Sergius Alexandrowitsch getötet habe.“

„Nein, ich werde Ihr Tagebuch nicht lesen. Es bleibt mir dann nur noch übrig für Sie zu beten.“

Sie verließ die Zelle, ließ aber die Evangelien auf den Tisch zurück.

Trotz ihres Un Glücks schrieb sie an den Kaiser, er möchte Kalajew beehren. Aber die Deffenlichkeit hatte sich zur gleichen Zeit schon von ihrem Besuch im Gefängnis Troganka erfahren. Die fremdartigsten romanhaftesten Gerüchte schwärmten die Stimmen darin überein, Kalajew habe sich bereit erklärt, ein Gnadenbitters zu machen.

Einige Tage später erhielt sie von dem Gefangenen einen Brief, der ungefähr lautete: Sie haben meine Wehrlöslichkeit mißbraucht. Ich habe nicht die mindeste Reue ausgedrückt. Ich habe mich eingehend geprüft. Wenn ich darin zugestimmt habe, sie zu hören, habe ich es deshalb getan, weil ich in Ihnen die menschliche Witze eines Mannes sah, den ich getötet habe. Ich habe Mitleid mit Ihrem Unglück gehabt, sonst nichts. Die Tr-

klärung, die man Ihrem Besuch gibt, entehrt mich. Ich will keine Gnade und nicht Ihre Fürsprache.“

Der Prozeß gegen Kalajew nahm seinen Lauf. Die Untersuchung zog sich in die Länge, da man nach den Mitbeschworenen Kalajews suchte. Schamlos war unter diesen Boris Sowinow. Im Mai wurde Kalajew zum Tode verurteilt.

An dem der Verhandlung folgenden Tagen machte der Justizminister Sergeus Manukhin seinen Bericht und traute ihn, ob er die Absicht habe, die Strafe umzuwandeln wie ihn die Großfürstin Elisabeth gebeten hatte. Nikolaus II. schenkte eineinhalb Zeit und ließ dann gleichgültig die Worte fallen: „Soban Sie sonst nichts in Ihrer Mappe, Sergius Sergejewitsch?“ Und entließ ihn.

Bald aber ließ er den Polizeidirektor des Departements Kowolewsky kommen und gab ihm einen gehehmen Befehl. Kalajew war inzwischen von Moskau nach der Schlüsselburg gebracht worden.

Am 23. Mai um 11 Uhr abends trat der Generalstaatsanwalt Fedorow, der die Untersuchung geführt hatte, in die Zelle des Verurteilten. Er hatte ihn schon als Studenten erkannt und erklärte: „Ich bin beauftragt, Ihnen zu sagen: Wenn Sie ein Gnadenbitters an den Kaiser machen, wird er gerührt es zu bewilligen.“

Kalajew antwortete ruhig und entschlossen: „Nein, ich will sterben für meine Sache.“ Fedorow drang mit allen Kräften, mit Gründen, mit Ueberredung, Siamels auf menschliche Rücksichten in ihn, von seinem starren Willen abzuweichen. Kalajew weinte, blieb aber handhaft und hat zum Schluß:

„Da Sie sowohl Barmherzigkeit üben wollen, lassen Sie mich an meine Mutter schreiben.“

„Gut, schreiben Sie. Ich werde den Brief unverzüglich besorgen lassen.“

Als Kalajew geschrieben hatte, machte Fedorow neue Antritte. Kalajew erklärte jedoch feierlich und mit dem Ausdruck seiner ganzen Energie:

„Ich will und ich muß sterben. Mein Tod wird meiner Sache nützlicher sein, als der Tod des Großfürsten Sergeus!“

Der Generalstaatsanwalt begriff nun, daß dieser unbeugsame Wille niemals zu brechen sei, verließ die Zelle und ordnete die Hinrichtung an.

Kalajew wurde um 1 Uhr morgens in den Hof der Schlüsselburg geführt und ließ sich ohne Widerstreben die Schlinge um den Hals legen.

Aus dem Französischen übersetzt von Rudolf Gattia.

Breslauer Nachrichten

Massenverhaftungen von Kommunisten in Breslau

Die Breslauer Polizeibehörde, die völlig unter dem Einfluß der Orgeschentrale steht, ist unermüdet in ihrem Kampfe gegen die Kommunisten.

Nachdem die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ unterdrückt worden ist und gegen sämtliche Redakteure Strafverfahren wegen Hochverrats gestellt worden ist, läßt die Breslauer Orgeschalt ihre bewaffneten Gehilfen gleich gegen eine ganze Mitgliederversammlung los.

Am Dienstagabend wurde eine Mitgliederversammlung der B.A.P.D. von schwer bewaffneter Hilfe überfallen. Mit Revolvern wurden unsere Genossen bedroht. Es wurden von den anwesenden Genossen ca. 25 verhaftet und nach dem Polizeipräsidium geschleppt.

Dieser bewaffnete Überfall auf eine harmlose Mitgliederversammlung zeigt sämtlichen Arbeitern Schlesiens, worauf Orgesch hinaus will. In Schlesiens bereiten sich wichtige Dinge vor, über die die Öffentlichkeit unbedingt im Dunkeln gehalten werden soll.

Die SPD-Führer stecken mit Orgesch und Hofer unter einer Decke.

Von dieser Seite ist nichts zu fürchten. Fürchten muß Orgesch gegenwärtig nur die Kommunisten.

Es läßt sie also gleich massenweise verhaften. In der schlesischen Bastille wird man die Genossen schmachten lassen, ohne auch nur die geringsten Anstalten zu machen, Beweise für ihre Schuld zu bringen.

Orgesch will eben nicht gestört sein. Was kümmert sich Orgesch um Gerechtigkeit?

Arbeitet Schlesiens!

Seht Ihr noch immer nicht, wohin der Kurs geht? Ein neuer Kapp-Putsch steht vor der Tür.

Schon beginnt man mit Massenverhaftungen von Arbeiterführern.

Heute noch sind es nur Kommunisten, morgen wird sich Orgesch auch gegen sozialdemokratische Arbeiter wenden.

Orgesch geht zum Angriff über.

Arbeiter Schlesiens, schließt die Reihen. Pariert den Schlag mit gerechten Gegenschlag.

Euer der Sieg, wenn Ihr einig seid.

Die Droschke ist Ihre Kraft

Wie hart sich Orgesch bereits zeigt, beweist folgendes: Unser Redakteur Genosse G. S. G. war vor dem Herrn Staatsanwalt beim außerordentlichen Gericht vorgeladen worden, um sich wegen verschiedener durch Herrn S. G. (natürlich!) gemachter Aussagen zu verantworten.

U. a. soll in Nr. 113 der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ der Artikel „Die ersten Sturmzeiten“ gegen die Paragraphen 130 und 85 verstoßen.

Außerdem kündigte der Herr Staatsanwalt unserem Genossen G. S. G. noch an, gegen ihn Strafverfahren zu stellen, weil er in einer SPD-Versammlung die Arbeiter aufgefordert habe, sich zu bewaffnen.

Soweit also sind wir bereits wieder. Orgesch schlägt schon mit der Faust auf das Tisch. Ungleich können die Orgeschhelfer weiter werden. Folgendes fährt ein Staatsanwalt ein. Sobald aber ein Kommunist den Arbeitern gegenüber seine verfluchte Pflicht und Schuldigkeit erfüllt und sie auffordert, sich zu bewaffnen, um diese ungesetzlich bewaffneten Streiche zu entziffern, so ist der Staatsanwalt sofort zur Stelle.

Angesichts dieser Verhöhnung kann den Arbeitern nur eine neue zugerufen werden:

Arbeiter, bewaffnet euch!

Der ungläubige Tobias vom A. S.

Die „Vollwacht“ glaubt immer noch nicht an die Unwissenheit der Orgesch im Breslauer Polizeipräsidium. Noch immer fordert sie Material, um gegen die dauernde, niederträchtige Verfolgung der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ protestieren zu können. Es genügt der alten Schlimmeren noch nicht, daß Orgesch-Kap schon auf der Eisenbahn eine Verurteilung unserer Zeitung ausübt, jede Sendung an uns durchschneidet und die Zeitung sofort beschlagnahmt, sobald der etwas lässigste Inhalt.

Die „Vollwacht“ will von uns die Rechtsgründe wissen, die die Behörden zur Beschlagnahme veranlassen. Ja, liebe Schlopperante, darum geht es nämlich, die Hände auf der Polizei gibt überhaupt keine Gründe an. Orgesch-Kap macht was er will. Bisher hat uns unser Genosse, der Exzerpt der politischen Polizei die Rechtsgründe anzuzeigen. Wir wissen sie nicht, wir haben nur das Unrecht.

Bisher ist kein ein einziger in der „Vollwacht“ darüber. Denn, wenn Orgesch-Kap in seinem Urdecker, es bei der Polizei bald zu etwas zu bringen, selbst den „Verantwortlichen“ der Berliner „Reinhold“ beschuldigen, so kann da die besten, daß da von Rechtsgründen nicht mehr die Rede sein kann.

Darum die sozialdemokratischen Arbeiter Hauptwaffen, jetzt der gewalt unserer Artikel sein.

Denn die behabs übergeben hat und die einverleibt hat, die Kommunisten durch um seinen Schanz, so ist es das natürlich ist. Bisher ist es die Hilfe vom letzten Sonntag von heute. Denn das kann da und glauben, liebe Vollwacht, keine Gründe brauchen wir nicht. Mit S. G. und Konfession werden wir allein fertig. Dazu Stücken wird sehr bald folgen.

„Gegensichtliche“ A. S. -mitten

Am letzten Sonntag hat die SPD, eine ihrer letzten Parteien in ihrer Geschichte in Breslau ab. Es ist natürlich erwartungsvoll, wie leicht sich ihre Referenten die Sache machen, man erzählt den glücklichen Führern von der erlösenden, befreienden, beglückenden „Demokratie“. Nicht auf die Parteiführer, sondern auf die Parteimitglieder, daß die SPD, viel wichtiger sei und viel besser zu verstehen, als die Parteiführer, auch wenn die SPD-Mitglieder viel wichtiger und wichtiger als die Parteiführer. Es wird erlösend die Parteimitglieder beglücken lassen. Am Schluß werden die Parteimitglieder.

Verrat an den Waldenburger Arbeitern

A. M. Die Waldenburger Bergarbeiter traten in ihren Streik, um die Forderungen durchzusetzen, die sie schon vor einem Jahre gestellt, aber seitdem immer von den Unternehmern und der Bergwerksdirektion hingehalten wurden. Sie verlangten 10 W. Zulage pro Schicht, und begannen ihren Kampf gegen den Willen der „Führer“, die ihnen auf dem Hals sitzen und ihre Aufgabe darin sehen, jeden Streik von vornherein abzubrechen.

Als der Streik begann — es bereiteten sich an ihm die Arbeiter des ganzen Reviers —, da mußten die famosen „Führer“ irgendeine Stellung dazu nehmen. Sie nahmen Stellung, indem sie kraft ihrer Eigenschaft als Verbandsbeamte sich für die Streikleitung ausgaben.

Es ist klar, daß eine Streikleitung nicht tauglich, die aus Leuten besteht, welche gegen den Streik sind, den sie „leiten“. Hier zeigt sich also der alte Fehler, der bei dem vorjährigen englischen Bergarbeiterstreik zu verhängnisvollen Folgen geführt hat.

Die Streikleitung war von den streikenden Arbeitern nicht kontrolliert, verhandelte in der Dunkelkammer mit der Regierung und dem Unternehmertum und sorgte sich viel mehr um die Interessen der Grubenbesitzer, als um die der streikenden Arbeiter.

Die Arbeiter waren fest entschlossen, den Kampf um ihre Forderungen bis zum Ende durchzuführen. Die Leitung sabotierte von Anfang an den Kampf. Sie, die den Kampfwillen der Arbeiter sehr wohl kannte, machte von Anfang an nichts und erzählte allen, die es hören wollten, man würde doch nicht erreichen, was man will, und würde sich begnügen müssen mit dem, was geboten wird. Sie jagte den Arbeitern nicht, daß den Grubenbesitzer der Streik gelegen käme, sie sagte nicht, daß, solange die Notstandsarbeiten ausgeführt würden, die Grubenbarone mit dem Streik nur zufrieden sein können, weil, wie sie sich ausrechneten, die Nachfrage nach Kohle sowieso „gering“ ist, und weil sie die Kohlenpreise dann wieder würden überheben können.

Sie sagte den Arbeitern nicht, daß ihr Kampf nur ein Kampf ist in der Reihe der Kämpfe, die die deutsche Arbeiterbewegung jetzt führt gegen die Offensive der Unternehmer, gegen Betriebsstillegungen und Produktionseinschränkungen, gegen den Lohnabbau und die daraus erfolgende Verelendung der Arbeiter. Von alledem sagte die Streikleitung kein Wort. Im Gegenteil. Sie hielt die streikenden Arbeiter ab vom Versammlungsbesuch, damit sie ja nicht erfahren könnten von dem, was in der Welt vorgeht, und mit dem Streik im Zusammenhang steht. Und damit der Kampf der Arbeiter von vornherein erschwert sei, hielten sie die Arbeiter ständig dazu an, Notstandsarbeiten zu verrichten, damit das einzig wirksame Mittel gegen die Grubenbesitzer ungenützt bleibe.

Sie wandten sich nicht an die gesamte Bergarbeiterschaft, sie riefen die rheinischen und mitteldeutschen Arbeiter nicht zur Solidarität auf, sie handelten mit dem Unternehmertum und — sie verhandelten ganze 66 1/2 Tage, statt der geforderten 10 Tage pro Schicht.

Freilich, sie brachten eine Versprechung: Ab 1. Juli „sollen“ die Arbeiter 5 Mark pro Schicht erhalten. Die viel Arbeiter aber bis dahin von den Unternehmern auf Pfahle gesetzt wurden, wie lange die Arbeitszeit sein sollte, welche Betriebe eingekürzt werden sollten, über alles das verloren sie kein Wort. Sie riefen die Betriebsräte zusammen, beschützten ihnen das berufliche Gehalts ihrer Verhandlungen und ließen abstimmen.

Sie pfiffen darauf, was die Delegierten dazu sagen wird, und erklärten den Streik für beendet. So handelten die „Führer“ des Waldenburger Proletariats, die zukünftigen Gewerkschaftsbürokraten.

Es ist klar, daß die Erregung der Waldenburger Arbeiterbewegung ungeheuer ist. Die Kommunisten hatten den Verrat der Führerklasse vorausgesehen. Sie hatten die Ar-

beiter aufgefordert, die Streikleitung durch streikende Arbeiter kontrollieren zu lassen, sie hatten die Arbeiter aufgefordert, täglich in Versammlungen die Lage zu beraten.

Die „Schlesische Bergwacht“ hat die Frechheit, von den kommunistischen Jungulstern zu behaupten, sie seien aus Furcht nicht gezeichnet. Sie sind deshalb nicht gezeichnet, weil die Forderungen der Kommunisten in hunderten von Versammlungen, in tausenden von Exemplaren der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ den streikenden Arbeitern bekannt gegeben waren.

Und an demselben Tage, an dem die „Bergwacht“ ihre Demunskationen gegen die Kommunisten abdruckte, versammelte sich in Waldenburg eine von den Kommunisten einberufene allgemeine parteilose Arbeiterkonferenz von Delegierten fast aller Gruben, die einstimmig beschloß: im Streik zu verharren, eine neue Streikleitung zu wählen und die Forderungen der Arbeiter unter allen Umständen durchzusetzen.

Die Bürokratenstreikleitung erklärte natürlich, daß das „unverantwortlich“ sei, wärsch ihre schmutzigen Hände in Unschuld und Nichts zurück. Was schert sie der Wille der Arbeiter? Sie erklärt, daß sie ihnen keine Streikunterstützung zahlen wird — und damit ist sie fertig.

Freilich, die anderen Herren brauchen selbst sich nicht zu sorgen, sie streiken ja nicht, sondern „arbeiten“ für die Interessen der Gewerkschaftsbürokratie und des Kapitals, nicht für die der Arbeiter. Die Arbeiter aber müssen sich entscheiden:

Wollen sie kämpfen, so werden sie gegen den Willen und unter Sabotage ihrer „Führer“ kämpfen, und sie werden diese Verräter zu ergeben haben durch ihre eigenen Vertrauensleute, die die Sache der Arbeiter führen. Das ist der Kampf, wie ihn die englischen Bergarbeiter führten, ein Kampf, der nur mit Sieg oder schwerster Niederlage enden kann.

Oder aber, sie stellen den Kampf ein; dann sind sie besiegelt worden von ihren eigenen Führern. Diese Niederlage ist eine Niederlage durch Verrat.

Der Waldenburger Streik ist eine Lehre für das gesamte deutsche Proletariat: Solange die deutsche Arbeiterbewegung die Gewerkschaftsbeamten nicht zu ihren Dienern macht, werden diese Diener der Unternehmer sein und den Arbeitern schlimmere Herren, als die Unternehmer selbst. Dem Verrat ein Ende zu machen genügt nur, wenn man die Verräter beseitigt.

Das Gesicht der Arbeiter gehört in ihre eigene Hand, nicht in die Hand von Leuten, die über den Willen der Arbeiter verfügen. Die Arbeiter müssen sich im Falle des Kampfes klar darüber sein, was die Folgen sein werden. Die bisherigen verräterischen Führer brüllten in die Luft, daß sie nicht verantwortlich sind für den Streik, das bedeutet, daß sie den Streik „unverantwortlichen, befehlenden „Leuten“ zuschreiben werden.

Das bedeutet nicht nur, daß sie keine Streikunterstützung zahlen werden, das kann bedeuten, daß sie Militär, technische Nothilfe und Streikbrecher begünstigen werden.

So wird dann möglicherweise der Streik durch den Verrat der Gewerkschaftsbürokratie zu einem politischen Streik. Nicht die Kommunisten sind es dann, die ihn zu einem „politischen“ Streik gemacht haben, sondern einzig und allein die Lakaien des Kapitals, die Gewerkschaftsbürokraten. Und das müssen die Arbeiter klar erkennen.

Treten sie dann in den neuen Kampf, so sind sie gestellt nur auf ihre eigene Kraft, auf sonst nichts. Die Kommunisten können sich nicht, die letzten Konsequenzen aufzuzeigen. Die Bürokraten warnen vor den Kommunisten, sie sehen in ihnen mit Recht ihre schlimmsten Feinde. Die Kommunisten aber fragen noch Arbeiter: Hakt ihr trauert noch nicht erkannt, wer eure niederträchtigen Feinde sind? Und wenn ihr es erkannt habt, dann: Fort mit den Verrätern!

Versammlungsstatender

District 4. Freitag, den 10. Juni, abends 7 Uhr: Districtversammlung bei Schmidt, Gellhornstr. 21. — Erscheinen aller Genossen und Genossinnen ist unbedingt Pflicht. Referent ist anwesend.

Kommunistische Jugend Breslau. Gruppe Zentrum. Schule Rindchenhof, pt. Zimmer 5: Am Donnerstag, den 9. Juni, abends 7 1/2 Uhr: Jugendtag.

Gruppe West. Schule Rindchenhof, 2. Gebäude, pt. Zimmer 17: Am Freitag, den 10. Juni, abends 7 1/2 Uhr: Jugendtag und Diskussionsabend.

Vorher: Bewegungsspiele im Hofe.

Sonntag, 12. Juni: Babetage, Näheres in den Gruppen.

Verantw. Redakteur: Rich. Schachtel, Berlin. — Verlags: Soc.-Verlag, e. G. m. H., Breslau. Druck: Felix Wolf, Gmbh., Berlin S. 14.

„Rote Hilfe“

Leistung für die „Rote Hilfe“:

| | |
|--|------------|
| Bisher wurden quittiert | 4511.25 M. |
| Druckgruppe Breslau: Liste N. 708 | 1.00 M. |
| Liste N. 6 | 20.00 M. |
| Liste N. 42 | 12.00 M. |
| Liste N. 43 | 102.00 M. |
| Liste N. 45 | 21.00 M. |
| Liste N. 47 | 37.00 M. |
| Liste N. 48 | 21.00 M. |
| Druckgruppe Jagrasdorf: Liste N. | 36.00 M. |
| Druckgruppe Oßlau: Liste N. 19198 | 12.00 M. |
| Liste N. 5 | 24.00 M. |
| Liste N. 4 | 37.00 M. |
| Druckgruppe Hermsdorf a. Rhn.: Liste N. | 200.00 M. |
| Liste Gefaltsabgabe | 150.00 M. |
| Druckgruppe Rothenburg: Gefaltsabg. | 55.00 M. |
| Druckgruppe Niederhermsdorf: Gefaltsabg. | 61.00 M. |
| Druckgruppe Büttersdorf: Gefaltsabg. | 150.00 M. |
| Druckgruppe Sittensdorf: Gefaltsabg. | 120.00 M. |
| Hermsdorf: Liste 20268, 9, 78 u. 71 | 520.00 M. |
| Erlegung Liste 10, 127 | 30.00 M. |
| Hermsdorf a. Rhn.: Liste 200 | 100.00 M. |

Zusammen: 6774.25 M.

Die besten und billigsten Anzüge
vollständig außer Konkurrenz
Zwischenhandelausgeschlossen, da Selbstherstellung
Sich nur **Nikoleistraße 48** am Hauptplatz
im neu eröffneten Herren-Bekleidungs-Haus
Große Auswahl in fertigen, modernen Anzügen
Inh. Hermann Paretzke

Internationaler Bund der Kriegeropfer
Ordnungsgruppe Breslau.
Am 2. Juni 1921 beschloß unser Mitglied, die Kriegsveterane
Frau Marie Brudsch,
Walter von 6 Kindern, im Alter von 46 Jahren.
Ehre ihrem Andenken!